

Der Skandal als Institution
Antisemitismus im Hamburger „Freien Senderkombinat“
Andreas Kühne / Andrea Woeldike

Ein ‚Antisemitismusstreit‘ ist im Freien Radio eine in unregelmäßigen, aber kurzen Abständen wiederkehrende Veranstaltung, die in erster Linie darin besteht, die ansonsten vorherrschende allgemeine Langeweile durch einen handfesten Skandal zu unterbrechen und den vorwiegend belanglosen Mix der diskutierten und gesendeten Inhalte mit einem Thema anzureichern, von dem alle auf die eine oder andere Weise wissen, daß es über den eigenen Tellerrand hinausreicht. Beim Hamburger „Freien Senderkombinat“ (FSK) zeichnet sich dabei die Tendenz ab, daß diejenigen, denen antisemitische Äußerungen vorgeworfen werden, dies in immer aggressiverer Weise zum bloßen Vorwand für eine politische Säuberung des Radios von linksradikalen Positionen erklären, während die andere Seite ihre erklärte Absicht, den Streit auf eine ‚inhaltliche Auseinandersetzung über Antisemitismus‘ zu bringen, zunehmend selbst unterläuft, indem sie jede noch so an den Haaren herbeigezogene Stellvertreterdebatte als aufzuklärendes Mißverständnis behandelt - in der sowohl theoretisch als auch durch jahrelange eigene Erfahrung immer wieder als falsch erwiesenen, aber längst als Dogma behandelten Annahme, so den ‚Konflikt deeskalieren‘ und das (auf diese Weise von jedweden wenigstens potentiell emanzipatorischen Inhalt befreite) ‚Projekt‘ retten zu können.

1. Ein Kapitalist ist ein Kapitalist.

Und wer's nicht glaubt, muß wohl nicht arbeiten

Der erste größere ‚Antisemitismusstreit‘ entzündete sich im Spätsommer 1999 an einem Nachruf auf Ignatz Bubis in einer Sendung der „Freunde der guten Zeit“ (FdgZ), einer sich politisch dem sozialrevolutionären Spektrum um das *Wildcat-Zirkular* zurechnenden Gruppe.¹ Ein den Beitrag sehr moderat kritisierender Offener Brief eines Redaktionskollegen wurde mit einem wüsten Ausfall beantwortet, der kräftig Antisemitismus nachlegte und konstatierte, wer so etwas schreibe, lebe wohl vom Geld anderer Leute. Daraufhin veranstalteten einige FSKler eine Gegensendung auf dem FdgZ-Programmplatz, die den Sachverhalt schilderte, den Text im Zusammenhang analysierte und die Forderung nach Absetzung der FdgZ-Sendungen erhob.

Bemerkenswert an dem Beitrag ist die enge Verknüpfung des sich klassenkämpferisch gebärdenden konkretistischen und vulgärmaterialistischen Antikapitalismus mit der spezifisch deutschen Ausprägung des Antisemitismus nach Auschwitz: der jüdische Kapitalist kann als Spekulant nach Herzenslust wüten, weil er von den mangels Klassenbewußtsein mit dem bürgerlich-ideologischen Judenkomplex behafteten Linken mit Samthandschuhen angefaßt wird, anstatt, wie andere Kapitalisten, als Klassenfeind behandelt zu werden. Folgerichtig versuchten die FdgZ dann auch, den Spieß umzudrehen: Der inkriminierte Antisemitismus entspringe nicht ihrem Beitrag, sondern dem ideologischen Weltbild der „Ankläger“; die seien es schließlich, die Bubis' Judentum so furchtbar wichtig nähmen, während sie selbst, die unsinnigerweise als Judenfeinde beschuldigten, sich für Religion gar nicht interessierten. Diese Sorte ‚Materialismus‘ ließ sie denn auch als wahren Zweck der Entschädigungszahlungen für NS-Zwangsarbeiter erkennen, die Kapitalisten an der Spitze des Jüdischen Weltkongresses zu bereichern und den deutschen Bossen eine weiße Weste zu kaufen.

Die in der Auseinandersetzung zahlreich auftretenden Verteidiger der FdgZ bemühten sich erfolgreich, die Kritiksendung anstelle von deren Gegenstand zum Skandal zu machen und dabei das von den ‚Freunden‘ vorgegebene Niveau zu unterbieten. Feministinnen rieten, den Fall nicht so ernst zu nehmen, weil die Kritik hauptsächlich von Männern komme, die, ginge es um Sexismus statt Antisemitismus, „sich bestimmt nicht so aufregen würden“; eine sich libertär nennende Gruppe forderte die „Wiederherstellung der Ehre“ der „als Nazis Stigmatisierten“ per

Beschluß der „Anbieterinnengemeinschaft im FSK e.V.“; mehrfach wurde zu bedenken gegeben, das mit dem Antisemitismus könne gar nicht sein, weil es sich ja um Linke handle, von denen einer zudem eine jüdische Großmutter habe. Der Streit zog sich mehrere Monate hin und endete vorläufig mit der Streichung der Sendung durch die zuständige Redaktion.

Die Position der FdgZ ist vielleicht paradigmatisch für das nach Auschwitz sich verschärfende Problem des ‚verkürzten Antikapitalismus‘: das antisemitische Ressentiment der Klassenkämpfer scheint in erster Linie daraus zu erwachsen, daß die Juden sie durch ihre bloße Existenz mit der Unzulänglichkeit ihrer Aufteilung der Welt in Ausbeuter und Ausgebeutete konfrontieren. Der antizionistische Bezug auf Israel am Ende des Beitrags ist daher unvermeidlichⁱⁱ, sein einigermaßen zusammenhangloses Auftauchen in einem hinten angeklatschten Nebensatz spricht aber für sich – den Klassenkampf *ersetzt* hat der Antizionismus hier noch nicht.

*2. Israel ist ein amerikanischer Militärstützpunkt.
Und wer's nicht glaubt, ist ein Feind der Demokratie*

Ein gutes Jahr später, einige Wochen nach Beginn der „Al-Aqsa-Intifada“, veranstaltete das „Info Knast und Justiz“ eine zweistündige Sondersendung, an der auch ein „Vertreter von der palästinensischen Gemeinde in Hamburg“ als Studiogast teilnahm. Dieser tat sich unter anderem mit Äußerungen über den von Israel an den Palästinensern verübten „Holocaust“ und mit abenteuerlicher Rechenakrobatik über die immense Höhe der angeblich heute noch von der BRD an Israel geleisteten Wiedergutmachungszahlungen hervor – vom (deutschen) Moderator ergänzt um den Hinweis, diese Zahlungen seien ja schon 1948 von Alt-Nazis wie Globke in die Wege geleitet worden.ⁱⁱⁱ Die Anbieterinnengemeinschaft beschloß daraufhin ein Sendeverbot für die beiden verantwortlichen Redakteure, was deren Radiogruppe „Forum-Radio“ mit einer Kampagne gegen „Zensur bei FSK“ und mehreren „Protestsendungen“ unter Beteiligung ihrer mit Sendeverbot belegten Mitglieder beantwortete.

Einige bereits im FdgZ-Streit sich abzeichnende Muster tauchten nun in stärkerer Ausprägung wieder auf. Dies betrifft vor allem die Strategie des Gegenangriffs, den Antisemitismusvorwurf zum beliebig einsetzbaren „Totschlagargument“ einer mit den Herrschenden paktierenden „Machtclique“, die ihre Abstimmungsmehrheit zur Säuberung und letztlich Zerstörung des „linken Projekts“ mißbraucht, zu erklären. Die nähere Betrachtung läßt aber wesentliche Unterschiede erkennen. Aus den Beiträgen der FdgZ spricht stets das Gefühl, mißverstanden worden zu sein – wie böswillig auch immer. Folglich legen sie in ihrer Verteidigung dar, ihr Beitrag sei, weil gegen Staat und Kapital gerichtet, notwendig das Gegenteil von antisemitisch und könne also nur unter Voraussetzung sachfremder böser Absicht so wie in der Gegenseitung interpretiert werden. Diese Voraussetzung macht Forum-Radio auch, sie spielt aber von vornherein eine andere Rolle: hier ist der Antisemitismusvorwurf *an sich* ein Instrument gegen die Interessen der Unterdrückten. Entsprechend sind die Kritiker nicht einfach auf den eigenen Distinktionsgewinn bedachte, karrieristische Intriganten (wie in den Papieren der FdgZ), sondern Agenten „der Antideutschen“, die nicht nur Forum-Radio und die „Solidaritätsbewegung“, sondern im Verein mit *Konkret*, *Bahamas* und *Jungle World* die deutsche Linke insgesamt zugrunderichten wollen. Dies ist ausdrücklich Hauptthese und Stoßrichtung der fraglichen Sendung, dem Sendeverbot also zeitlich und logisch vorgängig.

Sinn und Zweck des linksdeutschen ‚Internationalismus‘, dem eigenen identitären Bedürfnis durch dessen Reimport in Gestalt einer zionistisch-imperialistisch bedrohten Identität unterdrückter Völker einen sakrosankten Status zu verschaffen, treten also insbesondere dann zutage, wenn der palästinensische Studiogast ausführlich sein Unverständnis über die „Verklemmtheit“ der deutschen Linken äußern darf, die „ihr Problem mit der deutschen Vergangenheit auf dem Rücken der Palästinenser lösen“ wolle; ebenso aber, wenn er seine

Begeisterung über den wachsenden Einfluß der „Linken“ im „palästinensischen Volk“ kundtut, die ja, „auf Basis der Analyse der Natur des Staates Israel“, immer schon gesagt habe, das Oslo-Abkommen sei „nicht ein Frieden zwischen Menschen, sondern das ist ein Frieden des Kapitals – und das wird jetzt bewiesen“. Bei der Vorstellung, daß selbst Arafat, der doch „die ganze Zeit versucht [habe], die Palästinenser ruhig zu halten nach dem Wunsch der Israelis“, unter diesen Umständen „wahrscheinlich auch wenig anderes übrig [bleibe] als jetzt diesen Aufstand, diesen berechtigten, zu unterstützen“, laufen alle zur gemeinsamen Hochform auf. Denn „daß ein großer Volksaufstand entsteht in allen arabischen Ländern, der letzten Endes die Konsequenz hätte, daß dort auch die reaktionären Regimes“, diese „Marionetten von Amerika, [...] gebildet und gebaut und unterstützt, damit sie die Interessen von Amerika und von dem Westen schützen gegen die Interessen des eigenen Volkes“, „weggespült werden könnten durch die arabischen Volksmassen [...] – das ist die Angst, die der Imperialismus hat“.

Zu einer Kritik des kapitalistischen Weltsystems verhält sich dieses großenwahnsinnige Phantasma vom Sieg des sich selbst Zweck gewordenen Aufstands ungefähr so wie die „Schwatzbuden“-Agitation der NSDAP zur Kritik des Parlamentarismus: Das „auf seine eigene Kraft vertrauende Volk“ steht für die unverfälschte, reine Wahrheit des aufständischen Willens zur Freiheit, der längst nichts anderes mehr ist als der unbedingte Wille zum grenzen- und sinnlosen Morden. Seit mit dem Ende der Sowjetunion die letzte (sei es auch noch so falsche) Begründung eines potentiell emanzipatorischen Gehalts nationaler Befreiung und damit der ohnehin recht durchsichtige Schleier vor der völkischen Ideologie des Antimperialismus abhanden gekommen ist, ist dessen Funktion als Stichwortgeber des militanten Deutschtums völlig offensichtlich. Unsere Agitatoren haben denn auch unüberwindbare Schwierigkeiten, den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer eigenen Beschwörung irgendwelcher „Menschenrechte“ und der annähernd gleichlautenden Legitimierung des Überfalls ihrer Regierung auf Jugoslawien deutlich zu machen.

In der von Forum-Radio organisierten Gegenkampagne wird dann die Identität des ‚antiimperialistischen Widerstandes‘ mit den schwerstbetroffenen grün-alternativen Gutmenschen vollends anschaulich. Da ihre Gemeinsamkeit darin besteht, sich als Opfer der Repression zu imaginieren, gleichzeitig aber die Regierung zur Personifizierung als Täter gerade nicht taugt, muß der tatsächliche Gegner mit den Insignien der Macht ausgestattet werden. Die ohnehin im Freien Radio vorherrschende narzißtisch-autoritäre Grundhaltung gegenüber jeder Art von Entscheidungsfähigkeit, die darin zum Ausdruck kommt, nicht etwa die Unzulänglichkeiten der Selbstverwaltungsstrukturen auf mangelnde Verbindlichkeit zurückzuführen, also als Ausdruck der eigenen Unfähigkeit zu emanzipatorischer Organisation zu begreifen, sondern Beschlüsse des Delegiertenplenums, die einem nicht passen, grundsätzlich als Schikanen eines fremdbestimmten Apparats gegen unbequeme Querdenker aufzufassen, steigert sich so bei Forum-Radio zur praktischen Phantasie der „Machtclique“ als Staatsersatz: Eine redaktionelle Entscheidung gegen eine Sendung ist dann gegebenenfalls Zensur, und wenn die Vertreter der vom Vorstand unterdrückten Massen in der Vereinssitzung überstimmt werden, ist das mindestens un- oder gar „antidemokratisch“, also ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.^{iv}

Die bei FSK vorherrschende Ansicht, die fragliche Sendung sei zwar schon irgendwie zu kritisieren, das Sendeverbot aber doch irgendwie bürokratisch und unsolidarisch, führte zwar nicht zu dessen Aufhebung, verhinderte aber jegliche Konsequenz. Der Skandal zog sich erneut über Monate hin und endete eigentlich nie, sein Ergebnis konnte folgerichtig nur in einer dritten Episode bestehen.

3. *Djenin ist das Warschauer Ghetto von heute.
Und wer's nicht glaubt, ist ein Rassist*

Nach mehreren kurzen Zwischenspielen, die es alle nicht recht schafften, die mittlerweile ziemlich hoch liegende Skandalschwelle zu überschreiten, sendete eine zu Forum-Radio gehörende Gruppe namens „Afrika, Asien, Lateinamerika in Kontakt“ als Mobilisierungsprogramm für die dann zu trauriger Berühmtheit gelangte große Berliner Demo zum palästinensischen „Tag des Bodens“ im April 2002 ein halbstündiges Interview mit einem in Deutschland lebenden Palästinenser, der zwar aus den Autonomiegebieten nur zu berichten wußte, was in deutschen Zeitungen stand, aber kundtat, daß er verstanden hatte, warum er interviewt wurde, indem er sagte, was der interviewende deutsche Antimp als unterdrückte Wahrheit ‚rüberbringen‘ wollte, ohne es selbst zu sagen: Die deutschen Juden sollten sich für das Vorgehen des israelischen Militärs entschuldigen, und es gebe (während der gerade laufenden israelischen Operation „Schutzschild“) „keinen Unterschied zwischen den Kämpfen im Warschauer Ghetto damals gegen die Nazis und den Kämpfen in Djenin oder in irgendeinem anderen Flüchtlingslager in der Gegend.“ Wie gehabt bestärkende Bemerkungen und zufriedenes Zurücklehnen des Moderators.

Der Vergleich mit der vorausgegangenen Auflage läßt zuerst die Parallelen ins Auge springen: dieselbe Israel-NS-Gleichsetzung, dieselbe Funktionalisierung des willfähigen Palästinensers, derselbe Versuch, konformistische Propaganda als Widerstand auszugeben; dann auch dieselbe Denunziation des anschließenden Sendeverbots^v als Repression staatstreuer Mehrheitsusurpatoren und die Selbstinszenierung der verfolgenden Unschuld als Opfer von Zensur. Der Unterschied scheint zunächst nur in der höheren Eskalationsstufe zu liegen: „In Kontakt“ übertrat das Sendeverbot sofort, in Begleitung der bei FSK bereits einschlägig bekannten *Junge-Welt*-Journalistin Birgit Gärtner und stadtbekannter Schläger, welche dann beim zweiten Mal gegen einige die Studiotreppe blockierende FSK-Unterstützer auch tatkräftig zulangen, einen Stuhl auf Sitzende warfen sowie einen Hinzukommenden auf eine Weise, die durchaus einige Professionalität erkennen ließ, in die Zange nahmen und zusammenschlugen.

Die völlige Unfähigkeit der FSK-Mehrheit, auf diesen Angriff auch nur halbwegs angemessen zu reagieren, ergibt sich unter anderem aus ihrem in jeder Hinsicht desolaten Zustand aufgrund des seit mittlerweile eineinhalb Jahren ungelösten Konflikts. Dies ist im Zusammenhang zu sehen mit der einzigen inhaltlich neuen Komponente der Gegenstrategie, die darin besteht, das Sendeverbot als „rassistisch“ zu attackieren – mit dem Erfolg, daß die Verantwortlichen, anstatt klarzustellen, was von einem ‚Antirassismus‘ zu halten ist, der ohne jegliche Begründung in der Sache das Einschreiten gegen den Antisemitismus eines deutschen Linken als „Angriff auf den Flüchtlings- und MigrantInnenwiderstand und als Unterstützung der rassistischen Haltung des deutschen Staates“ attackiert, erst einmal beteuerten, man begrüße selbstverständlich „antirassistische Sendungen“, nur dürften eben nicht „vorgeblich antirassistische Aussagen dazu benutzt werden, den Holocaust zu relativieren und Haß gegen Jüdinnen und Juden zu rechtfertigen“.^{vi} Seine evident demagogische Verwendung ignorierend wird hier den Angreifern ein an und für sich ganz richtiger Antirassismus unterstellt, der von dem irrtümlich hinzugekommenen Antisemitismus befreit werden müsse.

Aus diesem Versuch, das politische Handeln der anderen als einem Irrtum über der gemeinsamen Sache geschuldet zu interpretieren, spricht das interessierte Mißverständnis des eigenen Antirassismus, der auf derselben Grundlage beruht: Anstatt der repressiven Gewalt des als nationaler Souverän organisierten bürgerlichen Gleichheitsprinzips die Besonderheit des je Einzelnen als Bedingung der Möglichkeit der Veränderung entgegenzustellen, wird die Verwirklichung des universalen Menschenrechts eingefordert, ohne zu begreifen, daß dessen praktisch-politische Entsprechung eben die Reduktion des Menschen auf den kapitalproduktiven

Nationalstaatsbürger ist. Dabei übersehen die einen geflissentlich, daß das Verschwinden der Freien und Gleichen im scheinbar gemeinschaftlich Konkreten wie Sprache, Brauchtum oder Abstammung in der Menschenrechtsideologie selbst angelegt ist, während die anderen gerade solche Ontologisierung zur unterdrückten Wesensgemeinschaft radikalieren. Mit seiner Proklamation der Gleichwertigkeit dieser Zwangskollektive macht der linke Antirassismus aus der permanenten Drohung der Volksherrschaft über das Elend ihrer Wirklichkeit hinaus ein Versprechen, dessen Einlösung die Beherrschten von den Herrschenden zu erkämpfen hätten. Als Feinde in diesem Kampf werden folglich wo nicht das jüdische ‚Antivolk‘, so doch der US-Imperialismus, das Finanzkapital oder sonstige volksfremden Elemente, und als sein Subjekt wo nicht die Rasse, so doch Gemeinschaft, Ethnie und das um seine Souveränität betrogene Volk eingesetzt, wenn auch die einen bisher den hilflosen Versuch unternehmen, genau dies zu vermeiden. Die von „In Kontakt“ propagierte, auf der UN-Antirassismus-Konferenz in Durban 2001 als global manifestierte Ideologie von der Aufteilung der Welt in unterdrückte Antirassisten und herrschende Zionisten, zu denen bei Bedarf jeder gerechnet wird, der praktisch gegen Antisemitismus vorgeht, war jedenfalls so auch bei FSK durchgesetzt. Entsprechend bestanden die folgenden Stellungnahmen der Angegriffenen vorwiegend aus strukturell von vornherein hilflosen Versuchen, sich doch noch irgendwie als richtige Linke zu profilieren, die gar nicht wirklich, wie von den Angreifern behauptet, vom Verfassungsschutz oder dem Mossad bezahlte Rassisten seien, sondern bloß für saubere Methoden im gemeinsamen Kampf einträten.

‚Die Guten‘ in diesem absurden Szene-Western kommen aber auch deshalb nicht aus der Defensive heraus, weil sie es gar nicht wollen. Wie sich bereits in einem vorausgegangenen Streit über zwei gegen den palästinensischen Terror und die deutsche Palästina-Solidaritätsbewegung gerichtete Plakate gezeigt hatte^{vii}, unterscheidet sich ihr eigener Antizionismus von dem Forum-Radios nur graduell und eher in Stil und Methode als im Inhalt^{viii} – wichtig ist ihnen, auf welche Weise Israel kritisiert werden darf, nicht, wofür es von wem kritisiert wird und warum. Das gelegentliche Einschreiten gegen die wiederholte Nutzung des eigenen ‚Projekts‘ als antisemitische Propagandaplattform bleibt also eine unverbindliche Übung in Diskurspolitik, die zur praktischen Kritik des Antisemitismus nicht fortschreiten will aus lauter Angst, zu nahe beim Staat Israel als dem staatliche Gewalt gewordenen Resultat der Marxschen Erkenntnis, daß „die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen kann“^{ix}, anzukommen.

Die von FSK aufgestellte Forderung, die Schläger gehörten in der ‚Szene‘ „politisch isoliert“, wird folglich gegenüber ihren Unterstützern im eigenen Laden am allerwenigsten umgesetzt – immerhin erfüllen die ja für die Mehrheit den nicht unwesentlichen Zweck, immer auf jemanden verweisen zu können, der weniger von den herrschenden Verhältnissen begriffen hat und weiter von ihrer Kritik entfernt ist als man selbst. Daß im Dauerstreit mit Forum-Radio und seiner Allianz der vom Vereinsvorstand Erniedrigten und Entrechteten die die Mehrheit bildenden Radiogruppen ihre politische Position mittlerweile ausschließlich als schlecht allgemeines Interesse des ‚Gesamtprojekts‘ formulieren, enthebt zwar die Akteure der Mühe, dieses mit Inhalt füllen, womöglich Konsequenzen aus den eigenen Erkenntnissen ziehen, zunehmend auch, überhaupt welche haben zu müssen; es rächt sich aber darin, daß der Hohlraum dann eben von anderen befüllt wird. Wenn „In Kontakt“ eine „emanzipatorische Bewegung, die die Wahrung und Rückeroberung menschlicher Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt stellt“, proklamiert, so ist diese mustergültige Formulierung des deutschen Standpunkts so nicht mehr als der Schleim, der aus jedem Sitzungsraum einer sozialdemokratischen Grundwertekommission unter der Tür hervorquillt, sondern nur noch als die Aufforderung zum Dazugehören, die sie ja auch ist. Die Unfähigkeit zum Widerspruch beginnt mit dem Willen zum ‚linken Projekt‘.

ⁱ Der Text wird hier der Einfachheit halber vollständig wiedergegeben: „Und zum Schluß aus aktuellem Anlaß zum Tode von Ignatz Bubis: Wieder wird aus Ermangelung von Klassenbewußtsein um der Leere des heutigen linken Daseins aus einem liberalen Kapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten ein Antirassist. Warum? Weil er ein Jude war? Als ob das ein Persilschein sei! Jahrzehntlang gehörte Bubis zu dem kapitalistischen Vorstand der jüdischen Gemeinde Frankfurts. Er hatte so viel mit den jüdischen Proletariern zu tun wie Axel Springer mit den Zeitungsverkäufern. Es gab in der letzten Zeit einen Richtungsstreit innerhalb der Leitung der jüdischen Gemeinde Deutschlands, dem Zentralrat. Die einen, die aus der SU auswandernde Juden, die in die BRD aus/einwandern wollten, hier nicht haben wollten, sie direkt nach Israel weiterschicken wollten. Und die anderen, die es diesen zubilligten, ihre Entscheidung selbst zu treffen. Bubis gehörte zu dem liberalen Flügel, nicht wie Galinski, der sie in Israel sehen wollte – Israel, das trotz großer Opposition im eigenen Land bis heute die Palästinenser terrorisiert.“

ⁱⁱ Das Fortschreiten der FdgZ von Bubis über die Frankfurter jüdische Gemeinde und den Zentralrat bis Israel wirkt geradezu zwanghaft. Es fehlt nur der Jüdische Weltkongreß – und der wurde prompt in der Antwort auf den Offenen Brief nachgereicht.

ⁱⁱⁱ Zitiert wird im Folgenden nach der Aufzeichnung. Ausführliche Zitate aus der Sendung finden sich in der annähernd vollständigen Dokumentation der diversen Veröffentlichungen zu diesem Streit unter <http://www.fsk-hh.org/> (dort auch die Dokumente zu den im Folgenden dargestellten Auseinandersetzungen). Siehe auch Andrea Woeldike, *Menschenrechtsimperialisten und Antimps gegen Israel*, in: *Bahamas* Nr. 35 (Sommer 2001), S. 46-48.

^{iv} Diese psychopolitische Konstellation produziert zuweilen einige Komik, wenn Forum-Radio sich zum Beispiel in seiner „Kritik der undemokratischen Strukturen“ immer wieder hoffnungslos in den Fallstricken der Vereinssatzung verheddert oder das Schanzenviertel mit Schablonen-Graffiti gegen „Zensur im FSK“ in Form eines mit Stacheldraht umwundenen FSK-Logos verziert, bei dem der Stacheldraht eher an eine Dornenkrone erinnert; oder wenn (im nächsten ‚Antisemitismusstreit‘) einer Stellungnahme „der anderen Seite“ „antikommunistische und speziell antimaoistische Hetze“ vorgeworfen wird.

^v Dieses wurde erst acht Wochen später und auch zunächst nur vorläufig ausgesprochen, nachdem der Moderator erklärt hatte, die Sendung sei nicht antisemitisch und er habe „keine Lust, sich damit theoretisch auseinanderzusetzen.“

^{vi} Beide Zitate aus den jeweils ersten, noch vor dem Prügelangriff erschienenen Stellungnahmen.

^{vii} Eine ausführliche Analyse dieser Zwischenepisode von der Hamburger Studienbibliothek mit dem Arbeitstitel „Politisch korrekter Antisemitismus“ wird voraussichtlich mittlerweile erschienen und ebenfalls unter <http://www.fsk-hh.org/> auffindbar sein.

^{viii} Paradigmatisch kommt dies in dem Flugblatt „Kein Antisemitismus im Freien Radio!“ zum Ausdruck, wo gegen die Gleichsetzung der Vernichtung des Widerstandes im Warschauer Ghetto mit dem israelischen Einmarsch in Djenin lediglich eingewendet wird, sie unterschlage „den für die Kämpfe entscheidenden Unterschied, daß die JüdInnen völlig vernichtet werden sollten, während sich die PalästinenserInnen gegen eine repressive Militärpolitik wehren“: Einigkeit besteht darin, daß es sich in beiden Fällen um Widerstand gegen einen übermächtigen Aggressor handelt, also darin, wer hier Täter und wer Opfer ist. Die israelische „Militärpolitik“ sei „repressiv“, beschwert sich darüber, daß Israel Gewalt anwendet, letztlich also darüber, daß es

existiert. Hier kämpft Fischer gegen Möllemann.

^{ix} Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, in: *MEW* 1, S. 385.